



Rede zur Sondersitzung des Rates der Stadt Kamen am 18.01.2024

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich gebe an dieser Stelle im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Stellungnahme ab.

Um es vorwegzunehmen - wir lehnen die Variante 2 der Grundsteuererhöhung ab. Sollte eine Erhöhung der Grundsteuer B um 250 Punkte, so wie in der Variante 2 vorgeschlagen, beschlossen werden, werden wir dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf nicht zustimmen.

Für uns ist er dann sozial ungerecht.

Die Variante 2 trifft alle Kamener*innen, besonders Mieter*innen, Menschen mit kleiner Rente und junge Familien.

Wir können nicht einerseits beklagen, dass Menschen mit niedrigem Einkommen immer stärker belastet werden und ihnen dann eine höhere Grundsteuer aufbürden.

Bei der Variante 1 dagegen findet eine gleichmäßigere Verteilung der Belastung statt.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass wir im November, als wir auf unserer Klausurtagung den Kämmerer eingeladen hatten, nicht einmal im Ansatz von einer möglichen Grundsteuererhöhung gehört haben. Wie kann es sein, dass nun behauptet wird, der einzige vernünftige Weg sei, die Grundsteuer B um 250 Punkte anzuheben?

Selbst in der Ratssitzung am 07.12.2023 stand der Haushalt ohne Erhöhung zur Abstimmung auf der Tagesordnung. Erst nach der Rede Herrn Eisenhardts wurde die Sitzung unterbrochen, um im Kreise der Fraktionsvorsitzenden zu überlegen, ob die Entscheidung über den Haushalt vertagt wird. Und genau deshalb wurde der Haushalt 2024 nicht beschlossen. Ein Haushalt, bei dem zu dem Zeitpunkt eine Steuererhöhung nicht vorgesehen war und der die Grundlage unserer Beratung war.

Den Vorgang, wie es zu dieser Situation gekommen ist, empfinden wir als empörend und undemokratisch.

Frau Kappen, Sie haben gesagt, wer den Haushalt ablehnt, übernimmt keine Verantwortung für Kamen.

Ich sage Ihnen, wir übernehmen die Verantwortung für die Kamener*innen, die durch die Grundsteuererhöhung noch weiter belastet werden.

Wir übernehmen aber keine Verantwortung für eine verfehlte Finanzpolitik.

In der Vergangenheit wurden z.B. die Kunstrasenplätze, die am Schulzentrum errichtet wurden, verrechnet mit dem Geld, welches man durch den Verkauf von Baugrundstücken im Hemsack erzielen würde. So würde eine Privatperson nicht mit dem eigenen Haushalt umgehen. Nun sieht man, wie wir bereits in der Ratssitzung damals in Methler, flankiert mit

5 Anträgen/Anfragen der Grünen Fraktion, das Überschwemmungswiesen durch die Klimaveränderungen dringend nötig sind und dass die Gegenfinanzierung bereits vor Jahren gemachter Investitionen nicht funktioniert.

Daher bedient man sich jetzt dem einfachsten und verlässlichsten Mittel: Man erhöht die Grundsteuer B. Aber werden eigene Entscheidungen der Vergangenheit hinterfragt? Wir glauben nicht.

Schon seit Jahren fordern wir eine Parkraumbewirtschaftung in Kamen. Einnahmen, die unsere Stadt dringend braucht. Gleichzeitig erzielt man dadurch mehr Lebensqualität in der Innenstadt, da sich die Mobilität ändert. Aber das möchte die Verwaltung immer noch nicht. Ich greife als weiteres Beispiel die Kamener Stadthalle heraus. Diese Halle nützt fast keinem Kamener Bürger etwas, kostet uns aber jedes Jahr eine Summe im hohen sechsstelligen Bereich. Warum also daran festhalten?

Jetzt sollen wir mit diesem Haushalt auch noch beschließen, diese Halle mit einem Kostenaufwand in Millionenhöhe zu sanieren. Weitere Millionen werden in den nächsten Jahren folgen.

Kamen hat mit der Konzertaula eine große und gut angenommene Veranstaltungshalle und einen renommierten Kulturstandort.

Ein Verzicht auf die öffentliche Finanzierung der hochdefizitären Stadthalle würde daher den Haushalt entlasten, ohne die Kamener*innen dafür zu belasten.

Im Klimaschutzworkshop wurde uns voller Stolz erzählt, dass man nun Flächen auf Kamener Stadtgebiet sucht, die entsiegelt werden. Das ist gut, aber mit keinem Wort wird gesagt, dass auf der anderen Seite neue Baugebiete erschlossen werden mit Einfamilienhäusern. Es werden mehr Flächen versiegelt als durch das Programm entsiegelt werden. Aber genau so geht es nun seit Jahren in Kamen. Lippenbekenntnisse gibt es viele, es fehlt aber ein Masterplan, der alle Belange mit einbezieht.

Herr Heidler - Sie haben in der Presse verlauten lassen, dass nach dieser Erhöhung bis 2030 keine weitere Grundsteuererhöhung zu erwarten ist.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass bereits im nächsten Jahr 2025 die Grundsteuerreform greift.

Es ist zu erwarten, dass Wohngebäude stärker belastet werden und damit auch Mieter*innen und Eigentümer*innen.

Warum die Grundsteuer 2024 erhöhen, wenn wir nicht wissen, was 2025 durch die Reform auf uns zukommt?

Das ist nicht zu rechtfertigen.

Herr Eisenhardt, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede angekündigt, dass, wenn es in diesem Jahr keine Grundsteuererhöhung gäbe, Ihre Fraktion jede Erhöhung dieser Steuer in den Folgejahren ablehnen würde. Damit haben Sie den Konsens über das weitere Vorgehen in Sachen Grundsteuer, der zwei Tage vor der Ratssitzung im Ältestenrat besprochen wurde, aufgekündigt. Das wurde von Ihnen präsentiert, ohne vorab die Meinung der anderen Ratsfraktionen einzuholen oder auch nur vor der Sitzung zu informieren.

Durch eine solche Vorgehensweise wird die Mehrheit des Rates einfach ignoriert.

So geht man nicht miteinander um. Eine Kommunikation auf Augenhöhe sollte im Stadtrat selbstverständlich sein.

Kamen ist uns wichtig und genau deswegen stehen wir hier. Verantwortung heißt auch, dass man die Dinge benennt, die nötig sind. Verantwortung heißt auch, dass wir auf die

soziale Verträglichkeit achten. Verantwortung heißt aber auch, dass wir zukunftsgerichtet Entscheidungen fällen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Anke Dörlemann
(Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)